

DIE LINKE.

Thorsten Schildt
Sachkundiger Bürger

Bremen, 12.11.2020

Fraktion im Beirat Gröpelingen

Antrag:

**SCHULEN IN GRÖPELINGEN UND OSLEBSHAUSEN VORBEREITEN AUF
UNTERRICHT UNTER ERSCHWERTEN CORONA-BEDINGUNGEN**

Der Beirat Gröpelingen / FA Bildung ... möge beschließen:

1. Der Beirat Gröpelingen / FA Bildung ... bittet die zuständige senatorische Behörde, den Schulen in Gröpelingen und Oslebshausen, die den Einbau einer einfachen Lüftungsanlage nach den Plänen des Max Planck Instituts in Eigenregie umsetzen möchten, pro Klasse 400€ zur Verfügung zu stellen. Die 400€ sind zweckgebunden für den Einbau der Anlage. Es ist Wünschenswert allen Schulen in Bremen diese Möglichkeit zu eröffnen.

Die Pandemie-Infektionszahlen und die schweren Corona-Erkrankungen schießen derzeit in die Höhe. Die Folge ist, dass ab dem 2. November 2020 neue Corona-Maßnahmen zum Tragen gekommen sind. Die Schulen sollen aber weiterhin geöffnet bleiben. Die Bremer Bildungsbehörde unternimmt weitreichende Anstrengungen, die es ermöglichen unter erschwerten Bedingungen auch weiterhin Präsenz-Unterricht anzubieten, was ausdrücklich zu begrüßen ist.

So müssen die Schulen zurzeit als eine von vielen Hygienevorschriften unter anderem regelmäßig in den Klassenräumen lüften oder besser noch den ganzen Tag die Fenster offenlassen.

Das Lüften der entsprechenden Räume hilft, reicht aber bei Weitem nicht aus. Problematisch dabei ist unter anderem, dass durch die mittlerweile eingetretene kalte Jahreszeit die Erkältungserkrankungen der Schüler*innen dadurch zunehmen werden. Das ist nicht im Sinn der Lüftungs-Maßnahmen.

Neben dem regelmäßigen Lüften kann auch der Einsatz von Lüftungsanlagen als ergänzende Maßnahme dazu beitragen einen Präsenzunterricht sicherer durchzuführen.

Alle Klassenräume sollten mit Lüftungsanlagen ausgestattet werden.

Mitarbeiter*innen des Max Planck Instituts (Chemiker*innen) habe eine einfache Lüftungsanlage entwickelt, die bis zu 95% Aerosole aus der Klassenluft entfernen.

Materialkosten ca. 200€.

Das ist zwar viel Geld aber immer noch besser als eine zweite Schulschließung zu riskieren, deren Folgen wesentlich teurer wären.

Thorsten Schildt (sachkundiger Bürger)
für die Fraktion DIE LINKE im Beirat Gröpelingen

Dieter Steinfeld
Fraktionsvorsitzender

eMail: Mr.Stonefield-online.de
internet: www.gruene-in-groepelingen.de



Bremen, 27. November 2020

Digitalisierung der Kommunikationsstrukturen in der Ortsteilpolitik

Der Stadtteilbeirat Gröpelingen möge beschließen:

1. Der Stadtteilbeirat erbittet einen Sachstandbericht der Senatskanzlei zur Ausstattung des Sitzungssaals mit offenen WLAN.
2. Der Stadtteilbeirat bittet die Senatskanzlei zu prüfen, ob das Terminübersichtssystem der Bremischen Bürgerschaft und das Dokumentenmanagementsystem als digitales Ablage- und Suchsystem für die Ortsämter aufgesetzt werden kann. Dabei ist die Frage zu klären, ob es eine Zugriffsunterscheidung für öffentliche Unterlagen und nicht-öffentliche Teile von Unterlagen geben kann.
3. Der Stadtteilbeirat bittet die Senatskanzlei, den Einsatz von öffentlich einsehbaren digitalen Projektstatussystemen zu prüfen und für die Ortsämter bereitzustellen.

Es wird um eine Weitergabe des Beschlusses an die anderen Stadtteilbeiräte, via Ortsamtsleiterrunde oder dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadt) gebeten.

Begründung:

Zu 1.:

Die beauftragte stadtweite Prüfung in den Ortsämtern durch den Dienstleister Dataport müsste abgeschlossen sein. 2019 wurde eine Umsetzung möglichst in 2020 angestrebt.

Zu 2.:

Bislang werden öffentliche Protokolle der Sitzungen als nicht inhaltlich recherchierbare PDF-Dateien auf der Internetseite des Ortsamtes abgelegt. Eine Suche nach bestimmten Begriffen ist damit sowohl für Beiratsmitglieder wie auch der Verwaltung und der interessierten Öffentlichkeit nicht möglich. Da die Fluktuation in den Beiräten nach einer Wahl relativ groß sein kann, erschwert das die Einarbeitung in Themenbereiche und erarbeitete Inhalte gehen verloren bzw. müssen von der Verwaltung erneut vorgetragen werden.

Bislang werden Anträge, Arbeitsunterlagen und Mitteilungen einzeln per Mail an die Beiratsmitglieder verschickt – oft Informationen zu einem Vorgang in mehreren Mails. Deshalb ist ein Dokumentenmanagementsystem dringend erforderlich, das die Dokumente übersichtlich, sortiert nach Ausschüssen, zur Verfügung stellt.

Zudem ist es sehr mühsam zu einem Fragekomplex zu recherchieren, was dazu in anderen

Ortsbeiräten bereits geschehen ist. Ein zentrales „Beiratsinformationssystem“ analog vielen „Ratsinformationssystemen“ oder eben dem System der Bremischen Bürgerschaft würde die Beiratsarbeit insofern wesentlich erleichtern und für die Öffentlichkeit transparenter machen.

Die Recherche sollte sowohl innerhalb eines Beirates als auch übergreifend nach Themen über alle Beiräte möglich sein. Die Dokumentenablage sollte nach von den Ortsämtern individuell festgelegten Bereichen (Ausschüssen) möglich sein.

Zu 3.:

In der praktischen Arbeit der Beiräte und Ortsämter ergeben sich eine Vielzahl an Fragestellungen – auch seitens der BürgerInnen. Ein Teil davon wird in den Beiratssitzungen öffentlich erörtert. Allerdings ist die Erledigung dann meist nur für die/den konkret Fragende/n erkennbar. Für die Transparenz aller Beteiligten wäre es sinnvoll, wenn Dinge von den Stadtteilsachbearbeitern in eine öffentliche Zeitübersicht eingetragen werden könnten und jeder sie dort verfolgen kann. Etwa „Thema, Eingang am x, Weiterleitung am x an y, Rückmeldung erwartet bis x, Problem y taucht auf, Wiedervorlage am x, Erledigt am x mit Lösung y.“ Dies erhöht die Transparenz der Arbeit und das Vertrauen in die Arbeit der Verwaltung ungemein. Zudem ist es auch eine Arbeitserleichterung für die teamorientierte Verwaltung und im Vertretungsfall.

Lutz Liffers
Mitglied im Beirat Gröpelingen

eMail: lutz.liffers@posteo.de
internet: www.gruene-in-groepelingen.de



Bremen, 16. November 2020

Verstärkung der Anstrengungen des Wissenschaftsressorts für die Bildungsteilhabe von Zugewanderten

Der Stadtteil Gröpelingen ist von einem äußerst dynamischen Migrationsgeschehen geprägt. Dies stellt die lokalen Institutionen vor besondere Herausforderungen, die die besondere Unterstützung der senatorischen Behörden erfordert.

Ein Schlüssel zur Integration von Zugewanderten stellt die Bildungsteilhabe dar. Am QBZ Morgenland wurde deshalb mit Unterstützung des Arbeitsressorts eine Aufsuchende Bildungsberatung aufgebaut, die Zugewanderte in einem intensiven und kontinuierlichen Beratungsprozess dabei unterstützt, ihre bisher erworbenen Qualifikationen zu nutzen und auszubauen.

Das Wissenschaftsressort kann diese Arbeit vor Ort in folgenden Punkten unterstützen:

- Schon jetzt arbeitet die Aufsuchende Bildungsberatung eng mit **aheadbremen** zusammen. Die Arbeit von aheadbremen wird im Stadtteil geschätzt und als sehr wichtig bewertet. In diesem Zusammenhang wäre es wünschenswert, wenn die Zusammenarbeit mit dem Goetheinstitut langfristig abgesichert werden könnte, da das Institut über für diese Arbeit hervorragende Dozent*innen verfügt.
- Zusätzlich wäre es außerordentlich wichtig, wenn das **Vorbereitungsstudium** nicht nur für Geflüchtete, sondern auch für andere **Zuwandergruppen**, insbesondere aus Südosteuropa geöffnet werden würde.
- Der **Zugang zum Studium bei Verlust von Unterlagen** (bei Flucht, Krieg etc.) ist zurzeit ohne Nachweis der allgemeinen Hochschulreife z.B. durch Nachqualifikation oder Zugang zu Prüfungen möglich. Dieses Instrument ist außerordentlich wichtig und sollte unbedingt beibehalten werden.
- Die Angebote begleitender Sprachkurse während des Studiums müssen dringend ausgebaut werden: Trotz der Zugangsbedingung eines C1 Niveaus brechen viele Studierende ab, weil sie die notwendige Fachsprache nicht beherrschen. Es werden deshalb zusätzliche, **studienbegleitende Sprachkurse** benötigt, die einen Zugang **zur Fachsprache auf akademischen Niveau** ermöglichen. Das Angebot darf nicht nur Geflüchteten zur Verfügung stehen, sondern **für alle Zugewanderten** auch hier wieder insbesondere aus Südosteuropa.

- Unbedingt erforderlich sind **Förderprogramme für akademische Ausbildung** mit anschließendem 5-jährigen Verbleib auf dem deutschen/europäischen Arbeitsmarkt (analog zum „Ausbildungszuschuss“ für Ärzte).
- Die Abschaffung des **Master Kunst- und Kulturvermittlung** ist für die kulturelle Bildung in Bremen ein großer Verlust. Die kulturelle Bildung ist gerade in Zuwanderungsstadtteilen eine unverzichtbare Komponente zur Bildungsteilhabe. Es fehlen für die Kulturvermittlung aber gut ausgebildete, junge, engagierte Mitarbeiter*innen, die bisher über den Master nach Bremen geholt wurden und in Bremer Einrichtungen arbeiten.
- Die **universitäre Lehrer*innenausbildung muss viel stärker als bisher sozialräumliche Kompetenzen vermitteln**. Viele angehende Lehrer*innen möchten nicht in Stadtteilen mit hohem Migrationsanteil eingesetzt werden, weil die universitäre Ausbildung weder die dafür notwendigen Kompetenzen noch das notwendige Kontextwissen vermittelt hat. Um den Fachkräftemangel in den allgemeinbildenden Schulen in Gröpelingen und anderen Einwanderungsstadtteilen langfristig zu beheben, muss die universitäre Lehrer*innenausbildung verändert werden.

Bremen, 17. November 2020

Umsetzung Aufforstung Hafeneisenbahn / Reitbrake / Wohlers Eichen

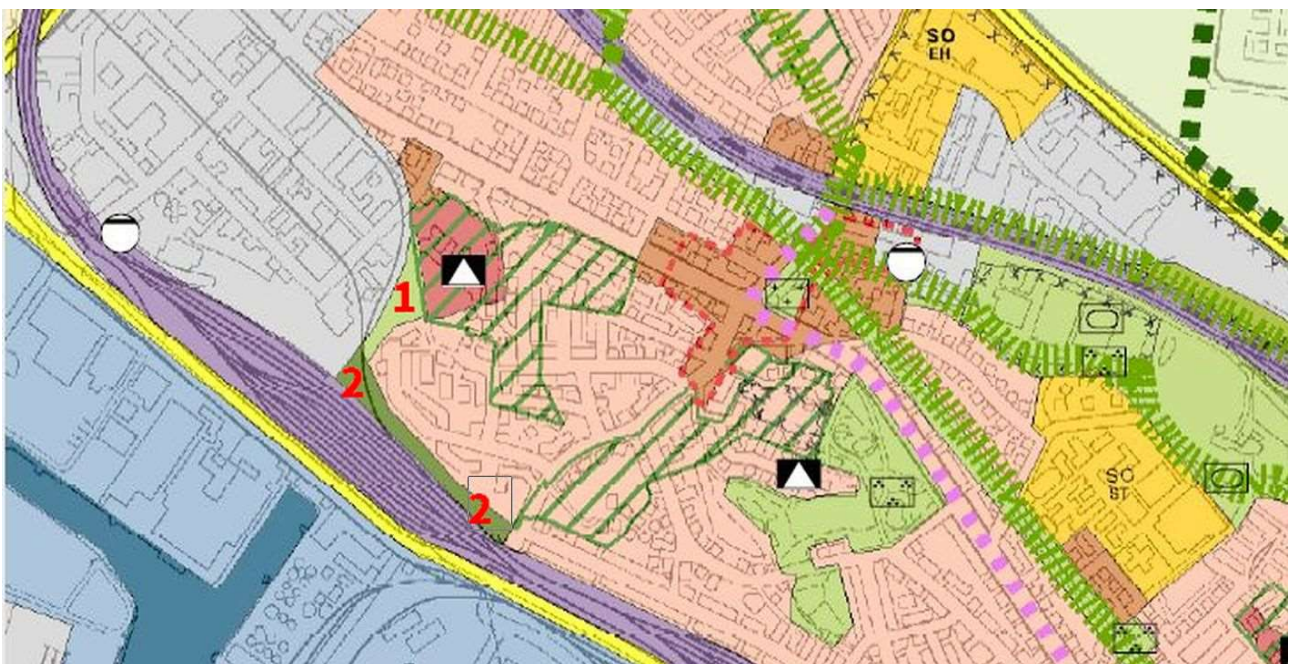
Der Stadtteilbeirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Stadtteilbeirat erbittet Auskunft für die in diesem Gebiet vorgesehenen Waldflächen. Wie ist der Umsetzungsstand? – Was muss noch getan werden? Wann wird von wem die Aufforstung der Flächen realisiert?

Begründung:

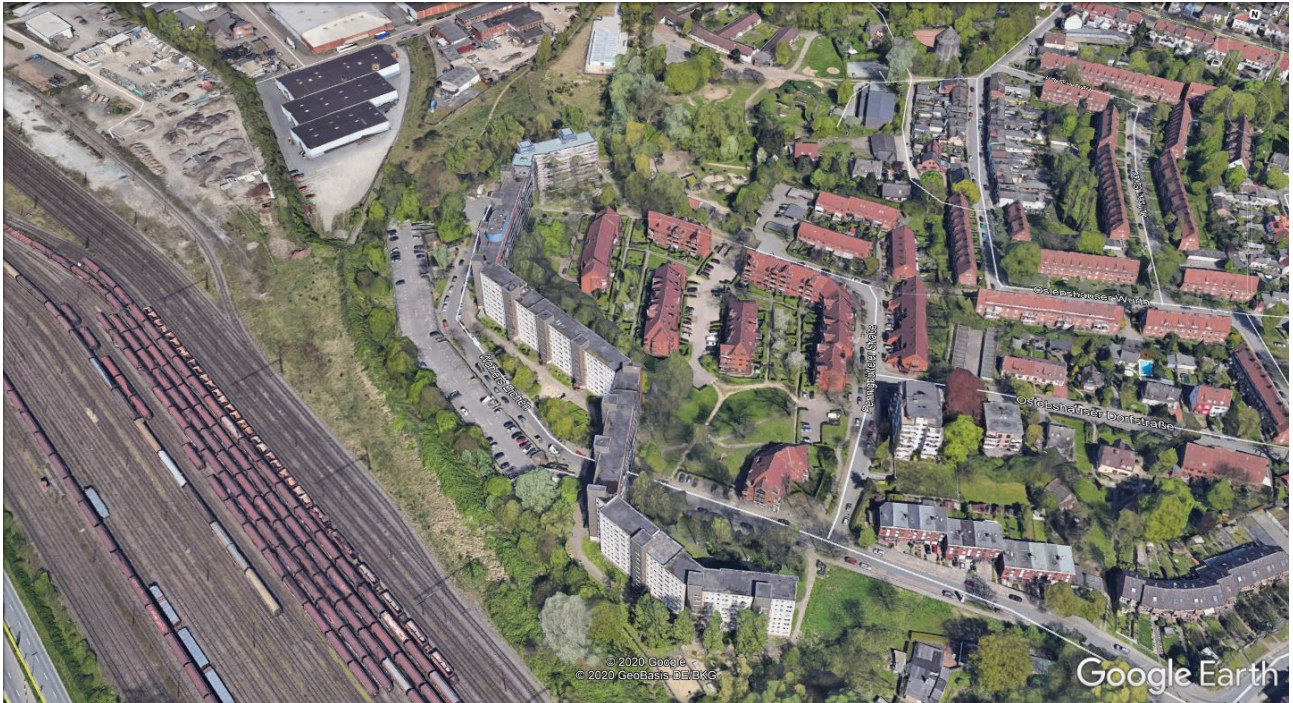
Der aktuelle Flächennutzungsplan weist zwischen der Wohnanlage Wohlers Eichen und dem hinteren Teil der Straße „Beim Struckenberge“ eine Grünfläche (mit 1 gekennzeichnet) aus. Erkundungen im Rahmen des Integrierten Entwicklungsprogramms Gröpelingen haben ergeben, das der Boden dort so stark belastet ist, das er für einen angedachten parkähnlichen Generationenplatz nicht geeignet ist.

Mit dem Beschluss des Bebauungsplans 2434 im Jahr 2020 ist diese Fläche daher zu einer Waldfläche verändert worden, die auch wie heute (von Fußgängern und Hundebesitzern) öffentlich betreten werden darf.



In einem sich daran anschließenden Abschnitt außerhalb des Bebauungsplan 2434 (mit 2 gekennzeichnet) entlang des Geländes der Hafeneisenbahn zur Wohnanlage war bereits im Jahr 2014 im Flächennutzungsplan eine Waldfläche vorgesehen.

Eine wahrscheinlich aktuelle Google Earth Ansicht lässt nur eine schmale Reihe mit Bäumen/Sträuchern erkennen, die laut Einzeichnung im FNP noch deutlich verbreitert werden müsste.



Hier stellt sich die Frage, warum in den vergangenen 6 Jahren keine Ausgleichspflanzungen für Baumfällungen im Rahmen von Baumaßnahmen im Stadtteil bzw. für Rodungen auf dem Gelände von ArcelorMittal angesetzt wurden. Entsprechende Mittel müssten dem Bremer Waldfonds zugeflossen sein.

SPD-Antrag für die Beiratssitzung am 08.12.2020

Recyclingstation Oslebshausen ganzjährig und an allen Wochentagen öffnen!

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

1. Der Beirat fordert die Senatorin für (S)KUMS auf, das am 24.11.2020 von der DBS vorgestellte Konzept zur Neuorganisation der Recycling-Stationen in Bremen dringend zu überarbeiten und dabei Anregungen aus der Bevölkerung sowie aus den Stadtteilbeiräten aufzunehmen.
2. Der Beirat Gröpelingen fordert die ganzjährige Öffnung der Recyclingstation in Oslebshausen, und zwar an 5 Wochentagen (ganztags) sowie an Samstagen bis 14 Uhr. Dabei sollte an einem Tag pro Woche die Station bis 19 Uhr geöffnet sein, um auch allen Berufstätigen den Besuch der Station zu ermöglichen.
3. Der Beirat Gröpelingen fordert außerdem, dass - wie vor der Corona-Pandemie - neben Grünabfällen auch Papier, Altglas, Batterien, Druckerpatronen sowie kleine Elektrogeräte an allen Öffnungstagen abgegeben werden können.
4. Der Beirat Gröpelingen unterstützt zudem den Antrag des Findorffer Beirates auf Erhalt der dortigen Recyclingstation, die auch von der Waller und Gröpelinger Bevölkerung genutzt wird.

Begründung:

1. Die Recyclingstation Oslebshausen ist die einzige Einrichtung ihrer Art im Stadtteil Gröpelingen. Die nächsten Stationen, die auch fußläufig erreichbar sind, befinden sich entweder in Burglesum oder im Findorff.
2. Längst nicht alle Einwohner*innen Gröpelingens besitzen ein motorisiertes Fahrzeug, um die Blockland-Deponie erreichen zu können. Zudem ist es aus umweltpolitischen Gründen (Vermeidung von zusätzlichem CO₂-Ausstoß) wenig sinnvoll, wenn sich von der BAB 27 lange Autoschlangen bilden auf dem Weg zur Deponie.

Rolf Vogelsang, Barbara Wulff und SPD-Fraktion im Beirat Gröpelingen

SPD-Antrag für die Beiratssitzung am 08.12.2020

Eine OMA für die Jugend schaffen!

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Beirat fordert die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport auf, endlich die Weichen zu stellen für die baldige Realisierung der Oslebshauer Multisports Area (OMA). Eine wissenschaftlich aufwendige Bedarfserhebung bei Jugendlichen im Stadtteil macht keinen Sinn, da bereits seit 3 Jahren ein Beteiligungsverfahren mit Jugendlichen stattgefunden hat, dessen Ergebnis der Wunsch nach der OMA war.

Die für eine Bedarfserhebung vorgesehenen Mittel (in Höhe von 60.000,- Euro) sollten besser in die praktische Umsetzung des Projektes investiert werden.

Begründung:

1. Der Controllingausschuss (CA) Gröpelingen hat auf Vorschlag des Amtes für Soziale Dienste bereits seit 2018 begrenzte Mittel bewilligt für die OMA. Der jährliche Etat erlaubt aber nur eine unzureichende Finanzierung des Projektes.
2. Die Junge Stadt gGmbH hat daher Mittel beantragt aus dem Programm „Lebendige Quartiere“ bei der Senatskanzlei, um eine Anschubfinanzierung sicherzustellen.
3. Die unterschiedliche Einschätzung des Bedarfs durch das AfSD und die senatorische Behörde für Soziales und Jugend gefährdet die Genehmigung des aktuellen Antrages durch die Senatskanzlei und die mögliche Förderung im Rahmen des neuentwickelten IEK Gröpelingen.
4. Das Projekt OMA wird unterstützt durch den Senator für Inneres (Jens Körber), mehrere jugendpolitische Sprecher*innen der Bürgerschaftsfraktionen, das Mädchenzentrum Gröpelingen (Mädchenhaus e. V.), Vaja e. V. und mehrere Gröpelinger Schulen.

Senihad Sator, Barbara Wulff und SPD-Fraktion im Beirat Gröpelingen

O.K. durch - 02-4- erfüllt

Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,
Stadtentwicklung und Energie (S)

Vorlage Nr. 18/ (S)
Tagesordnungspunkt

18/123 (S)

27./3.2012

Deputationsvorlage

Bebauungsplan 2434
für ein Gebiet in Bremen – Gröpelingen
zwischen Riedemannstraße, Große Riehen, Pulverberg, Wohlers Eichen und Bahnan-
lagen Beim Industriedafen
(Bearbeitungsstand 15.03.2012)

➤ **Planaufstellungsbeschluss**

I. Sachdarstellung

A) Problem

Das Plangebiet befindet sich im westlichen Bereich des Ortsteils Oslebshausen. Die Grundstücke an den Straßen Reitbrake, Große Riehen, Pulverberg und Riedemannstraße werden von Gewerbebetrieben genutzt. Zwischen den Gewerbeflächen und dem außerhalb des Plangebiets gelegenen Wohnquartier Wohlers Eichen sowie der Grundschule und Kindertagesstätte Pulverberg befinden sich brach gefallene Flächen. Sie werden von den Bewohnern der benachbarten Wohngebiete als Freiraum genutzt. Hier verläuft auch eine provisorisch hergerichtete Wegeverbindung von Wohlers Eichen zur Oslebshausener Heerstraße.

Auf den Flächen direkt im Anschluss an die Bahnanlagen Beim Industriedafen wurde ab Juli 2010 ein Lager-, Misch- und Umschlagplatz von Natursteinmaterialien und Mineralgemischen betrieben. Die Anlage wurde als Probetrieb für 12 Monate zugelassen. Der Betreiber der nunmehr stillgelegten Schüttgutanlage beantragt die Genehmigung nach § 4 Bundes-Immissionsschutzgesetz. Obwohl in der näheren Umgebung neben gewerblichen Einrichtungen bereits industrietypische Betriebe vorhanden sind, soll aufgrund der benachbarten empfindlichen und schutzwürdigen Wohnbebauung eine weitere industriell geprägte Entwicklung, die an die Wohngebiete heranrückt, verhindert werden. Die Zulassung derart erheblich belästigender Industriebetriebe würde zu Konflikten mit dem Wohnbereich führen und somit städtebauliche Missstände hervorrufen.

Für die gewerblich genutzten Flächen, aber auch für die brach gefallenen Flächen sind entsprechend ihrer Lage neue nachbarschaftsverträgliche Nutzungskonzepte zu entwickeln. So ist das Gewerbegebiet zwischen Riedemannstraße, den Bahnanlagen und den brach gefallenen Flächen mit Rücksicht auf die benachbarte Wohnnutzung neu zu

strukturieren. Die brach gefallen Flächen bieten Potenziale für eine Verbesserung der Freiraumversorgung der benachbarten Wohnquartiere. Für diese räumliche Ordnung fehlt die planungsrechtliche Grundlage.

B) Lösung

Aufstellung eines Bebauungsplanes nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB). Es handelt sich um einen Plan der Innenentwicklung.

1. Entwicklung und Zustand

Der östliche ca. 9,6 ha große Teil des insgesamt rund 12,5 ha großen Plangebiets, begrenzt durch die Bahnanlagen Beim Industriehafen, den Straßen Reitbrake, Große Riehen, Pulverberg und Riedemannstraße, wird von Gewerbebetrieben genutzt. Bedingt durch die südlich angrenzenden Industriehäfen und Bahnanlagen siedelten sich in diesem Bereich vor allem Betriebe aus dem Bereich Logistik an. Neben der Lagerung von Baustoffen, -gerüsten und -kränen befinden sich Mineralöl- und Recyclingbetriebe ebenso im Gebiet wie ein Festsaal für türkische Hochzeiten und eine Gaststätte / Imbiss. Im südöstlichen Bereich, bei den Bahnanlagen, gibt es ungenutzte, aber versiegelte und öffentlich nicht erschlossene Flächen. Hier verläuft ein Bahngleis der Hafenbahn.

Die ca. 2,9 ha brach gefallen Flächen zwischen dem Wohngebiet Wohlers Eichen und dem Gewerbegebiet, die noch bis in die 1990er Jahre als Bahn- und Lagerfläche genutzt wurden, sind durch halbruderalen Gras- und Staudenflur, einzelne Sträucher und Schotterböden geprägt. Die Bewohner des angrenzenden Wohngebiets nutzen die Flächen als Wegeverbindung zu einem Einzelhandelsdiscounter an der Oslebshäuser Heerstraße, aber auch als Freiraum. Es gibt weder befestigte Wege noch Angebote zum Verweilen und Ausruhen.

2. Geltendes Planungsrecht

Im Plangebiet gibt es keine Festsetzungen rechtskräftiger Bebauungspläne.

Der Flächennutzungsplan Bremen stellt für den gewerblich genutzten Bereich sowie für die brach liegenden Flächen gewerbliche Bauflächen und Bahnanlagen dar.

3. Planungsziele und Erforderlichkeit der Planaufstellung

Das Plangebiet soll entsprechend seiner Lage in unterschiedliche Bereiche aufgeteilt werden. Die geplanten Festsetzungen sollen zukünftige Nutzungskonflikte zwischen Wohnen und Gewerbe vermeiden. Im weiteren Planverfahren wird angestrebt unmittelbar an der Riedemannstraße Industriegebiet und für die östlich anschließenden Flächen ein gegliedertes Gewerbegebiet festzusetzen, das für den östlichen Bereich –in der Nähe der Wohngebiete– nur solche Betriebe zulässt, die das Wohnen nicht wesentlich stören.

Als Abstandsflächen zum Gewerbegebiet und als so genannte „Pufferzone“ sollen die Brachen als Grünflächen entwickelt werden. Hier bietet sich die Chance, die Freiraumversorgung und die Wegeverbindung zum Heerstraßenzug für die Bewohner der angrenzenden Wohnquartiere zu verbessern. Darüber hinaus könnten Begrünungsmaßnahmen die Qualität des Kleinklimas und des Landschaftsbildes erhöhen. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, ob Eingriffe in Natur und Landschaft in anderen Bereichen des Stadtgebietes in diesem Bereich ausgeglichen werden können.

Mit der Aufstellung eines Bebauungsplanes sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die städtebauliche Neuordnung geschaffen werden.

Die vorgesehenen Planungen weichen zum Teil von den Darstellungen des Flächennutzungsplanes Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 ab. Durch diese Abweichung wird die geordnete städtebauliche Entwicklung des Gemeindegebiets jedoch nicht beeinträchtigt. Der Flächennutzungsplan Bremen wird daher gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst.

Zur Erreichung der vorgenannten Ziele soll ein Bebauungsplan nach § 13 a BauGB aufgestellt werden. Es handelt sich um einen Plan der Innenentwicklung, mit dem ein sparsamer Umgang mit Grund und Boden erreicht werden kann.

4. Umweltbelange

Bei der vorliegenden Planung liegen die Voraussetzungen zur Anwendung des § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) vor. Es werden voraussichtlich keine weiteren Flächen versiegelt. Stattdessen sollen bisher brach gefallene und zum Teil auch mit Schotter o.ä. belegte Flächen entsiegelt werden. Gemäß § 13a BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 3 BauGB wird von der Umweltprüfung gem. § 2 Abs. 4 BauGB abgesehen. Die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 und 7 und nach § 1a BauGB werden im Rahmen dieses Verfahrens bewertet und berücksichtigt.

C) Finanzielle Auswirkungen / Genderprüfung

1. Finanzielle Auswirkungen

Die der Stadtgemeinde Bremen bei der Realisierung des neuen Planes entstehenden Kosten werden im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange überschlägig ermittelt und der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie in der Vorlage zur öffentlichen Auslegung des Planentwurfes mitgeteilt.

2. Genderprüfung

Aufgrund der bisher vorgesehenen Planungsziele ist davon auszugehen, dass keine geschlechterspezifischen Festsetzungen getroffen werden. Eine abschließende Prüfung erfolgt im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens.

D) Abstimmungen

Dem Ortsamt West wurde die Deputationsvorlage gemäß Ziffer 2.1 der Richtlinie über die Zusammenarbeit der Beiräte und Ortsämter mit dem Senator für Bau und Umwelt in Bauangelegenheiten vom 1. Mai 2003 übersandt.

II. Beschlussvorschläge

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie wird gebeten, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen- Gröpelingen zwischen Riedemannstraße, Große Riehen, Pulverberg, Wohlers Eichen und Bahnanlagen Beim Industriehafen ein Bebauungsplan gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden soll. Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.“
2. „Die Deputation für Bau und Verkehr nimmt zur Kenntnis, dass der Flächennutzungsplan Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst werden soll.“

Anlage

Übersichtsplan zum Bebauungsplan 2434 (Bearbeitungsstand: 15.03.2012)

**Ergebnisprotokoll
der 10. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung
und Energie vom 12.04.2012**

Beginn: 15.45 Uhr
Ende: 17.10 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Golasowski
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Hamann in Vertretung für Herrn
Schmitz
Herr Gottschalk
Herr Sulimma
Frau Kennard
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Herr Hipp in Vertretung für Frau Neu-
meyer
Herr Imhoff
Herr Strohmam

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe
Herr Werner
Frau Dr. Schaefer

Die Linke

Herr Arndt

II Verwaltung

Frau Kamp
Frau Sewz
Frau Kleemann
Herr Höing
Herr Dr. Lampe
Herr Viering
Herr Kreykenbohm
Herr Musiol
Herr Polzin
Frau Dr. Kellner-Stoll
Frau Weikopf
Frau Urban
Herr Eickhoff
Herr Schneider

Der Senator für Umwelt, Bau und Ver-
kehr

Herr Dr. Weigel	
Frau Schumpp	
Frau Nanninga	
Frau Pieper	
Frau Osterloh	ASV
Herr Gellhaus	GeoInformation
Herr Koch	Umweltbetrieb Bremen
Herr Kristen	Senatskanzlei

III Gäste

Herr Oertel	Naturschutzbeirat
Herr Kahl	OAL Oberneuland
Herr Blanke	Beiratssprecher Huchting
Herr Berger	Beiratsmitglied Huchting
Herr Dr. Hoppe	Dr. Pecher AG

IV Gastdeputierte

Frau Dr. Schierenbeck	Bündnis 90/Die Grünen
-----------------------	-----------------------

TOP 10	Bebauungsplan 2434 für ein in Bremen – Gröpelingen zwischen Riedemannstraße, Große Riehen, Pulverberg, Wohlers Eichen und Bahnanlagen Beim Industriefafen -Planaufstellungsbeschluss -62- / -FB 01-	Vorlage 18/123
--------	--	-------------------

Herr Pohlmann bedankt sich für die kurzfristige Erstellung der Vorlage. Es gehe hier um Entwicklungsperspektiven von Gewerbe in größtmöglichem Einklang mit der anliegenden Wohnbebauung.

1. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen- Gröpelingen zwischen Riedemannstraße, Große Riehen, Pulverberg, Wohlers Eichen und Bahnanlagen Beim Industriefafen ein Bebauungsplan gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden soll. Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.“

2. „Die Deputation für Bau und Verkehr nimmt zur Kenntnis, dass der Flächennutzungsplan Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst werden soll.“

- einstimmig -

TOP 11	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 80 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Golf-Clubhauses am Heinrich- Baden-Weg in Bremen-Oberneuland -Öffentliche Auslegung -FB 01-	Vorlage 18/119
--------	--	-------------------

Auf Bitte von Herrn Pohlmann erläutert Herr Viering die Alternativen zur Wegeföhrung. Mit der jetzt vorgeschlagenen Lösung über den Heinrich-Baden-Weg seien auch Erschließungsbeiträge für die Anwohner verbunden. Es werde versucht, diese Kosten möglichst gering zu halten. Daher habe man geprüft, ob es auch andere Lösungen gebe.

Herr Ortsamtsleiter Kahl erklärt, dass der Beirat den Planungen zustimme. Der Beirat gehe davon aus, dass durch den Neubau eines Golf-Clubhauses keine verkehrlichen Zusatzbelastungen stattfinden würden. Durch den Neubau werde zudem der Erhalt des Clubs gesichert.

„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 80 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Golf-Clubhauses am Heinrich-Baden-Weg in Bremen-Oberneuland (Bearbeitungsstand: 28.02.2012) im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt wird.“

„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 80 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errich-

Lutz Liffers / Senihad Sator
Beauftragte des Beirates Gröpelingen für Jugendbeteiligung

Beschlussvorlage für die Beiratssitzung am 8.12.2020

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

Liegnitzplatz als zentralen Quartiersplatz aufwerten
Jugendvotum unterstützen

Der Liegnitzplatz ist ein zentraler Quartiersplatz, der von allen Generationen hoch frequentiert wird und überaus beliebt und belebt ist. Auch aufgrund der teils engen und schlechten Wohnverhältnisse im Quartier ist der Platz ein wertvoller und wichtiger öffentlicher Raum.

In einem Jugendvotum haben Kinder und Jugendliche aus dem Liegnitzquartier die Situation am Liegnitzplatz analysiert und Forderungen zur Verbesserung entwickelt (siehe Anhang). Der Beirat Gröpelingen schließt sich den Forderungen der Kinder und Jugendlichen an.

Der Beirat Gröpelingen fordert deshalb die Ressorts Stadtentwicklung, Umwelt, Verkehr, Inneres, Soziales und Kultur auf, in einem integrierten Prozess die Situation in und um den Liegnitzplatz umfassend und mit abgestimmten Maßnahmen zu verbessern. Dazu soll die Zusammenarbeit mit dem „Runden Tisch Mosaiktreff“ als wichtigem Kommunikator und Koordinator vor Ort gesucht werden, um die Beteiligung der Anwohner*innen, insbesondere der Kinder und Jugendlichen zu organisieren und Veränderungs- und Verbesserungsprozesse in einem breiten Konsens und mit entsprechenden öffentlichen Veranstaltungen zu entwickeln. Genutzt werden sollten auch die Möglichkeiten des IEK.

Insbesondere verbessert werden muss:

- Beruhigung des fahrenden Verkehrs Liegnitzstraße
- Schaffung einer Spielstraße um den Platz herum mit (zumindest partiellem) Parkverbot
- Erneuerung und Veränderung der Spielgeräte und Spielflächen
- Innovatives Müll- und Abfallkonzept angepasst an den Bedarfen der Nutzer*innen
- Konzertierte Bekämpfung des Rattenproblems
- Innovatives Beleuchtungskonzept auf dem Platz
- Innovatives Sicherheitskonzept

Wir bitten die betreffenden Ressorts, jetzt einen integrierten Prozess anzuschieben und entsprechende Ressourcen bereit zu stellen, um im kommenden Frühjahr oder Frühsommer die entsprechenden Beteiligungs- und Veränderungsprozesse umzusetzen und spürbare Verbesserungen zu ermöglichen.

28.11.2020

An den
Beirat Gröpelingen

Der Liegnitzplatz soll schöner werden

Der Liegnitzplatz ist für uns ein besonders wichtiger Platz. Hier treffen wir uns zum Spielen, Quatschen, Ausruhen. Auch unsere Familien benutzen den Platz als Treffpunkt. Hier ist immer etwas los und das finden wir gut.

Aber es gibt auch viele Probleme:

- Viele Autos und Kleinlaster fahren viel zu schnell über die Liegnitzstraße am Platz vorbei. Vor allem für kleinere Kinder ist das gefährlich. Autos sollen so langsam fahren, wie normale Menschen zu Fuß gehen.
- Alles ist zugeparkt. Das ist für die kleinen Kinder unübersichtlich und gefährlich.
- Auf dem Liegnitzplatz wird geraucht. Wir finden, auf einem Spielplatz darf nicht geraucht werden.
- Jugendliche und Erwachsenen sollen keine Messer oder Pistolen mit auf den Spielplatz bringen.
- Manche Erwachsenen haben häufig Streit, sie brüllen sich an oder schlagen sich gegenseitig. Auf dem Spielplatz ist kein Platz für streitende Erwachsene.
- Der Platz ist häufig verschmutzt. Manchmal liegt viel Müll herum. Überall liegen Sonnenblumenkernschalen, die manche auf den Boden spucken. Der Spielplatz sollte sauberer sein, vor allem auf dem Boden, damit wir alle überall gerne spielen.
- Wir wollen weder lebende noch tote Ratten auf dem Platz haben.
- Viele Spielgeräte sind kaputt. Sie müssen unbedingt repariert werden.
- Wir würden gerne eine Fläche mit glattem Untergrund zum Skaten bekommen. Entweder direkt auf dem Platz oder auf der Straße. Die Straße rund um den Platz sollte deshalb eine Spielstraße werden.

Daniel, Ayub, Yazin, Leiza, Pepi, Maria
November 2020